Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 135. [50. Jahrgang.] Sonntag den 11. Juni 1911. Erste (Abend-)Ausgabe. [50. Jahrgang.] Nr. 135.

Berlin, den 10. Juni.

Rückblicke.

Seit geraumer Zeit gehört die Pfingstwoche zu den bevorzugten Terminen für die Abhaltung von Kongressen, und wenn diesmal das Uebermaß früherer Jahre nicht zu beobachten war, so kam dieser Umstand der Aufmerksamkeit nur zu gute. Sie wandte sich nach sozialpolitischer Richtung besonders den Arbeiten der beiden vorwiegend von kirchlichen Kreisen beschickten Veranstaltungen in Nürnberg und in Danzig zu. Beim Bericht über den am letztgenannten Orte tagenden Evangelisch-sozialen Kongreß hatten wir uns vorbehalten müssen, auf die Ausführungen zurückzukommen, die Ministerialdirektor Dr. Thiel über die Landflucht unter lebhafter Zustimmung der Versammelten entwickelte. Von der Tatsache ausgehend, daß die Abwanderung aus den preußischen Landkreisen nach den größeren Städten noch fortwährend in bedenklicher Weise andauert, hob Wirklicher Geheimer Rat Thiel die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Erscheinung hervor. Hauptsorge wäre dem gegenüber, daß zur Erhaltung einer gesunden Struktur des ganzen Volkskörpers bei übermäßigem Anwachsen der Städte eine entsprechende Bevölkerungszunahme des flachen Landes stattfinde, damit einerseits das Defizit der Städte aus der Bevölkerung des platten Landes ergänzt, anderseits neben der physischen Gesundheit die moralischen Eigenschaften der Landbevölkerung erhalten blieben. Landwirtschaftliche Beschäftigung ist durch die Abhängigkeit ihrer Resultate von der Menschenhand durch entgegenwirkende Faktoren mehr als andere Berufe geeignet, die Grundlage aller Religiosität, das Abhängigkeitsgefühl von einer höheren Macht, zu erhalten. Ein weiterer Schaden der Landflucht liege in der Heranziehung ausländischer Arbeiter, die nicht nur durch prozentuale Zunahme, sondern auch durch die Erwägung Bedenken errege, daß der größte Teil dieser Ausländer slawischen Stammes ist. Ein starker slawischer Einschlag der Bevölkerung sei darauf zurückzuführen. Man müsse auch vor Augen halten, daß die Slawen große Ersparnisse in ihre Heimat schicken, wo sie auch zu antideutschen Zwecken verwendet werden. Geht man den Ursachen der Erscheinung der Landflucht nach, so ist regelmäßig der Wunsch nach besseren Lebensstellungen und Lebensbedingungen der Antrieb: sei es, daß die Verlockungen der Stadt locken, sei es höherer Lohn, sei es das Verlangen nach Unabhängigkeit und Freiheit oder endlich der Wunsch, den Kindern bessere Schulen zugängig zu machen. Schon Bismarck hat darauf aufmerksam gemacht, daß gerade die Tüchtigsten und Strebsamsten zur Abwanderung neigen. Wie umbequem dieser Zug auch ist, man dürfen nicht vergessen, daß wir durch die Schulen, die Fortbildungsschulen und durch die im Militärdienst gegebene Ausbildung den Grund dazu selbst gelegt haben. Es beruht in der Natur des landwirtschaftlichen Betriebes, daß er sich nicht nach Belieben vergrößern läßt, daß also unzählige Köpfe in der Stadt oder in der beliebig ausdehnbaren Industrie Unterkunft suchen. Unter den Abwehrmitteln gegen diesen Uebelstand komme eine Beschränkung der Freizügigkeit nicht in Betracht, schon weil sie in unserer Zeit des Verkehrs nicht durchzuführen wäre. Dagegen würde eine bessere Wohnungspolizei in den Städten angebracht sein, um das Zuströmen heilsam zu erschweren. Hauptsächlich aber müßten die Lebensbedingungen auf dem Lande den städtischen Verhältnissen gleichwertig gemacht werden. Zu nennen sind Wohlfahrtspflege, Jugendpflege, Haushaltungsschulen und angemessene ländliche Vergnügungen. Ein anderes Mittel zur Besserung der Verhältnisse sei in einer anderen, den Verhältnissen der Gegenwart angepaßten Behandlung der ländlichen Arbeiter zu erblicken. Im Osten bestehe vielfach noch das Hörigkeitsverhältnis. Wir leiden an einer Unterschätzung der ungelernten und insbesondere der körperlichen Arbeit. Wir sollten uns daran gewöhnen, jede ehrliche, wenn auch noch so niedrige Arbeit und jeden damit betrauten Arbeiter höher einzuschätzen, als wir es bis jetzt in einer gewissen Ueberschätzung geistiger Arbeit zu tun gewohnt sind. Eine gewisse Amerikanisierung könnte uns in dieser Beziehung nützlich sein. Das wichtigste Mittel aber, um die Landflucht zu bekämpfen, werde immer bleiben, daß wir dem Streben nach besserer Lebenshaltung entgegenzukommen suchen, indem wir dem einzelnen auch in der Landwirtschaft die Möglichkeit geben, sich emporzuarbeiten, sich, wenn auch ein noch so kleines Eigentum zu verschaffen. Hierher gehört das wichtige Thema der inneren Kolonisation. Ohne die Bedeutung eines einflußreichen Großgrundbesitzes zu verkennen, müsse doch hervorgehoben werden, daß wir im Osten des Vaterlandes noch auf lange hinaus Großgrundbesitz in Kleinansiedelungen aufteilen können, ehe wir die Grundbesitzverteilung erreichen, wie sie in der Mischung von Groß- und Kleinbesitz z. B. in Hannover besteht und allseitig als befriedigend anerkannt wird; In der Kleinsiedelung ist auch eine Abhilfe zu erblicken gegen die durch Saisonarbeit gezeitigten Uebelstände. Die Sorge um die Winterarbeit für die Monate Dezember bis Februar würde sehr vermindert sein, wenn der Arbeiter ein eigenes Heim hätte, arog genug, um ihm in der Beschäftigung mit seinem Vieh, im Ausdrusch seines eigenen Getreides, in Haus- und Gartenarbeit über die stille Zeit hinwegzuhelfen. Ferner wäre zu empfehlen, daß Leute auf Gütern durch Zubilligung eines Stückchen eigenen Landes seßhaft gemacht würden. Diese mit Opfern verknüpfte Arbeit solle den Gutsbesitzern nicht ganz allein aufgebürdet werden; auch der Staat müsse eintreten, wie es jetzt auch schon durch Unterstützung der Rentengutsbildung durch die Rentenbanken geschieht. Doch seien wir in dieser Beziehung noch weit hinter Mecklenburg, Schweden, Norwegen und Dänemark zurückgeblieben. Selbst England fange an, uns ein Beispiel in der Anlage kleiner Grundbesitzungen zu geben. Die zersplitterten Teile unserer Nation, die früher auswanderten, müßten als Rückwanderer wiedergewonnen werden. Auch größere Geldaufwendungen des Tages seien hier berechtigt; besonders für die östlichen Provinzen unseres Vaterlandes würde es ein Ideal sein, wenn der Arbeiter sich als Insimann oder freier Arbeiter so viel verdienen könnte, um aus eigenen Ersparnissen die geringe Anzahlung für ein eigenes Rentengut zu leisten.

* * *

In voriger Woche war an dieser Stelle erwähnt, daß der Delegiertentag des Zentrums in Elsaß-Lothringen am Sonntag vor Pfingsten beschlossen hatte, am 11. Juni abermals zusammenzutreten, um dann endgültig über die künftigen Beziehungen zur Zentrumspartei des Reichstages klarzuwerden. Man hatte hierbei damit gerechnet, daß die sogenannte „Kolmarer Gruppe" von nationalistischer Färbung, vor allem aber von persönlichem Mandatsbegehr, bis dahin mit ihrem Ungestüm zurückhalten würde. Diese Erwartung ist nicht eingetroffen. Noch am Pfingstsonntend erschien ein Aufruf zur Gründung einer „Nationalpartei", dem zuvor schon mehrere Artikel im Nauvelliste des Abg. Wetterlé die Bahn bereitet hatten. In diesem Blatte hieß es beispielsweise schon: „Das Berliner Zentrum hat uns gefoppt, das ist unbestreitbar. Es hat keinen einzigen der von unserem Kongreß und von unseren Vertretern aufgestellten klaren Wünsche berücksichtigt. Wir haben also kein Interesse daran, uns noch mit ihm solidarisch zu erklären, zumal da wir in anderen wichtigen Fragen, wie beispielsweise der letzten Finanzreform, bereits einen anderen Weg eingeschlagen hatten als den, auf den es sich unklugerweise festgelegt hatte. Unsere Bevölkerung würde es nicht begreifen, daß wir, dermaßen düpiert, eine Politik bekräftigten, die so elende Ergebnisse gezeitigt hat. Die Trennung muß also in vollem Tageslichte vor sich gehen." — Wenn der Aufruf selbst, hinter dem die Anhänger der Wetterlé, Blumenthal und des Lothringer Blocks stehen, sich einer weit minder deutlichen Sprache befleißigt hat und vielmehr auf möglichst große Unduchsichtigkeit der politischen Absichten hinauslauft, so ist man doch in den eigentlichen Zentrumskreisen nicht geneigt, diese Taktik anzuerkennen.

Gar keinen nennenswerten Eindruck hat das Aufbegehren dieses Schutzverbandes sich bedroht fühlender Mandatare in der übrigen reichsdeutschen Presse hervorgerufen, schon weil man sich nicht mit Unrecht sagt, daß es Sache der elsaß-lothringischen Bevölkerung ist, den Beweis zu führen, daß sie in ihrem politischen Denken nicht so hilflos ist, wie der Aufruf voraussetzt. In den führenden Organen des deutschen Zentrums hingegen wird dem Streben nach Abbröckelung von der Partei scharf entgegengetreten. Die Germania gibt eine Straßburger Zuschrift wieder, worin gesagt wird: „Der Aufruf behauptet im Eingange, daß uns gegen den Willen unseres Landesausschusses und der Mehrheit der elsaß-lothringischen Reichstagsabgeordneten, gegen den Willen des elsaß-lothringischen Volkes eine neue Verfassung aufgenötigt worden sei. Diese Worte sind zum mindesten mißverständlich. Unser ganzes Volk, der ganze Landesausschuß, sämtliche Reichstagsabgeordneten verlangten seit Jahren eine neue Verfassung. Keiner der Beteiligten konnte auch nur einen Augenblick darüber im unklaren sein, daß die sehnlichst verlangte Verfassung auf den ersten Schlag nicht alle Wünsche befriedigen würde. Deshalb haben alle alten Parteien schon am Tage nach der Genehmigung der gewährten „Abschlagszahlung" zu verstehen gegeben, daß sie auch in Zukunft den Kampf um die volle Autonomie zu ihren vornehmsten Aufgaben rechnen. Genau so wie die „Nationalpartei" wollen auch die alten Parteien, soweit es in ihren Kräften steht, auf die Erreichung des Zieles hinarbeiten. . . Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist die neue Partei höchst überflüssig. Handelt es sich nur um ein Wahlabkommen, um eine gemeinsame Aktion gegen den Großblock, so müßte diese Tendenz klarer zum Ausdruck kommen. Unter dem Aufruf stehen auch zwei Namen von Mitgliedern der elsaß-lothringischen Zentrumspartei. Von diesen hätte man zum mindesten erwarten dürfen, daß sie die Delegiertentagung am 11. Juni abgewartet hätten. Denn ein solches Vorgehen kann nur Verwirrung in den eigenen Reihen hervorrufen." — Noch energischer gingen zwei Betrachtungen der Kölnischen Volkszeitung den unberechtigten Ausbrechungen zuteile, in denen sich namentlich der Kolmarer Elsässische Kurier gefallen hat. Ihm konnten die Sätze entnommen werden: „Alles in allem, — das Reich wird ganz gewiß wenig Freude erleben an dem kleinen Kerl in der Südwestecke des Reiches. Die französischen Patrioten brauchen nicht zu trauern, als ob nun die Dinge in Elsaß-Lothringen in Friede und Gemächlichkeit verlaufen." Dazu schreibt das Kölner Blatt feinerseits: „Jedes weitere Wort dazu würde die Wirkung des in einem Artikel des Kurier in Nr. 122 vom 26. Mai, überschrieben Die neue Aera, Gesagten abschwächen. Und das Blatt will für die elsässischen Katholiken den Kampf aufnehmen mit katholischem Opfermut und suchen, zu retten, was zu retten ist, wirken für den elsässischen Gedanken, streiten und leiden für das Wohl des christlichen elsässischen Volkes. Anstatt zu arbeiten auf der alten Grundlage, namentlich die ländliche Bevölkerung zu sammeln und aufzuklären, welche den Industriezentren und Großstädten sehr wohl ein Gegengewicht sein kann, treibt man demagogische Hetzerei und hat Angst, es möchten die — französischen Patrioten unruhig werden über den „Frieden" in Elsaß-Lothringen. Für alle, die sie nach nicht genügend kannten, beleuchtet der letzte Satz wie mit Blitzlicht die Kolmarer Los-vom-Zentrum-Atmosphäre." — Die Regel, daß Unfrieden ernährt, hat freilich nur für solche einzelnen Leute Reiz und vielleicht sogar eine gewisse Wahrheit, die sonst ans Ende ihrer Weisheit gelangt sind.

* * *

Unter den gesetzgeberischen Aufgaben, die zu erledigen dem preußischen Landtag nach seinem Wiederzusammentritt obliegen wird, befinden sich die beiden Vorlagen, betreffend Zweckverbände, in der ersten Reihe. Da entspricht es wohl dem allgemeinen Interesse an der Sache, noch einmal kurz auf die Voraussetzungen hinzuweisen, von denen die Entwürfe ausgegangen sind. Abgesehen von den Gesamtschuverbänden, den Spritzen- und den Bullenhaltungsverbänden, hat es bisher in allen Landesteilen Preußens an einer Regelung der Vereinigung von Stadtgemeinden miteinander gefehlt. In den Provinzen Rheinland, Westfalen, Hannover sowie in den Hohenzollernschen Landen mangelte es an einer Regelung der Bildung von Zweckverbänden überhaupt. Um einen weiteren Ueberblick des auf diesem Gebiete bisher Geschehenen zu geben, fanden im vorigen Jahre Zählungen in den neun preußischen Provinzen statt, die wegen der schon erfolgten Bildung solcher Verbände im Gebiete kommunaler Aufgaben (Armen- und Schulwesen hier nicht einbegriffen) allein in Betracht kamen. Es wurde ein Bestand von 916 derartigen Zweckverbänden ermittelt. Hiervon entfielen 41 vom Hundert auf Wegeverbände, 15 v. H. auf Kirchhofsverbände (ganz vorwiegend in Schlesien, Ostpreußen und Brandenburg), je 2 v. H. auf Wasserleitung und Kanalisation (Schlesien, Hessen-Nassau, Sachsen, Brandenburg), etwa dreiviertel Prozent auf Verkehrs- und Gas- bezw. Elektrizitätsverbände. Auf einzelne Zwecke verschiedener Gattung entfielen 38 v. H. Schwach oder ganz unentwickelt zeigten sich die Organisationen in Pommern, Posen, Westpreußen und Hessen-Nassau. Von der Gesamtzahl aber waren nur 39 (= 4 v. H.) zwangsweise gebildet, 67 (= 7 v. H.) auf autoritativem Wege zu stande gekommen. Somit ließ sich schon ersehen, daß Neigung und Bedürfnis zu Zusammenschlüssen beteiligter Gemeinwesen in ihrem jeweiligen Hervortreten von keiner Einheitlichkeit getragen waren. Historische Entwicklung und Tradition wirkten ausschlaggebend. Man hätte zuvor vermuten können, daß Zweiggemeinden den besten Boden darböten für die Entwicklung von Zweckverbänden. Zum guten Teil haben sich aber die Ergebnisse der Statistik zu dieser Annahme in direkten Gegensatz gestellt. Bekannt ist das Selbständigkeitsstreben aller Gemeinden; auch die kleinen Landgemeinden stehen darin nicht zurück und lassen lieber ein Uebermaß finanzieller Anforderungen an ihre Mitglieder zu. Der daraus gewöhnlich resultierende Notstand gibt dann freilich wiederum den Impuls zur Verbandsbildung, allein ohne tatsächlich vorhandenen Wetteifer bei der Gemeindeverwaltung kam es bisher selten dazu. Wie die Erfahrung gelehrt hat, ist die Erkenntnis gemeinsamer Interessen mit einem Nachbargebiet schwierig und muß hinterdrein noch mit lokalen Widerständen aller Art rechnen. Für die Praxis kommt das Verhältnis der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gemeinden hinzu. Die Verbindung von zwei armen Gemeinden wird nicht erspießlich, diejenige von zwei an sich genügend leistungsfähigen Kommunen konnte kein Ziel der Gesetzgebung sein. Wenn auch stets die Gegebene Voraussetzung darauf hinaus, daß ein schwacher Kommunalverband Anlehnung an einen stärkeren sucht, aber gerade dann pflegt die Abwägung der Vorteile und Nachteile bei den Steuerzahlern das schwerste Hemmnis zu bilden.

Während der Entwurf eines allgemeinen Zweckverbandsgesetzes den freiwilligen Zusammenschluß einzelner Gemeinden als den normalen Fall zu behandeln und die hierfür geeignet erscheinenden Rechtsätze festzustellen hatte, stellte sich für Berlin und Umgebung die Unmöglichkeit des gleichen Gesichtspunktes heraus. Aus den Verhandlungen dieser Kommunalverbände über die Bildung eines Verkehrszweckverbandes war zu ersehen, daß mit seiner freiwilligen Vereinigung zu rechnen war. Wenn der Zweckverbandsgesetzentwurf für den Ausnahmefall das zwangsweisen Zusammenschlusses von Gemeinden sich auf bestimmte Fingerzeige für die Durchführung des behördlichen Eingriffs beschränken durfte, so zeigten sowohl die Verhandlungen über den Verkehrszweckverband als auch die Erörterungen über die wünschenswerten Bebauungsformen und über die Sicherung der Waldumgebung Berlins die Notwendigkeit einer weitergehenden Spezialisierung der für eine Verbandsbildung im Berlin erforderlichen Bestimmungen. Genügte für die Verfassung der Monarchie im allgemeinen die rechtliche Zulassung der Vereinigung von Gemeinden mit Gemeinden (Gutsbezirken), so empfahl sich für Berlin im Anschluß an die Versuche zur Bildung eines Verkehrs- und eines Waldschutzverbandes der Zusammenschluß von Gemeinden und Landkreisen. Fielen diese Erwägungen ins Gewicht, so schien doch nicht erforderlich, Berlin mit seiner Umgebung völlig aus dem Anwendungsgebiete des allgemeinen Zweckverbandsgesetzes auszuschließen. Wie diese Stadt sich schon nach dem geltenden Rechte zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten mit Landgemeinden oder Gutsbezirken vereinigen kann, so soll sie das gleiche nach dem neuen Entwurf können; auch liegt kein Grund vor, die bisherige Vereinigungsmöglichkeit nicht auf das Verhältnis von Berlin zu den umliegenden Stadtgemeinden auszudehnen. Ein Anlaß zu derartigen Vereinigungen kann auf einem oder dem anderen Gebiete, wie denn der Wasserversorgung, der Kanalisation, des Krankenhauswesens hervorstreten, und zwar um so mehr, als der besondere Gesetzentwurf für Groß-Berlin auf bestimmte Zustandigkeitsgebiete beschränkt werden mußte. Erschien die gesonderte Behandlung Groß-Berlins vom Standpunkte des praktischen Bedürfnisses aus empfehlenswert, so ergaben sich von dem gleichen Standpunkte aus für die Bildung und das Tätigkeitsgebiet des Verbandes zwei grundlegende Normen. Einerseits mußte der Verband vom Gesetzgeber geschaffen, und anderseits mußten seine Zuständigkeiten mit den Gegenständen der einheitlichen Entwicklung in Einklang gebracht werden. Nach den gemachten Erfahrungen konnte auf die Bildung eines anderen als eines durch das Gesetz selbst zusammengefügten Zweckverbandes — abgesehen von vereinzelten Vereinigungen zu weniger wichtigen Zwecken — kaum gerechnet werden. Wenn aber der Verband durch das Gesetz ins Leben treten sollte, so konnte nur ein Aufgabenkreis, der den gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Verbandsglieder entsprach, ein kommunales Leben des Verbandes verbürgen.

Die auswärtige Politik Italiens.

Rom, 9. Juni. Die Kammer setzte heute die Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußern fort. In Erwiderung auf die Ausführungen Guicciardinis nahm der Minister des Aeußern Marchese di San Giuliano das Wort zu einer längeren Erklärung, in der er Folgendes ausführte:

Er werde mit jener Zurückhaltung sprechen, die ihm als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten obliege. Er bedauere, daß Guicciardini gesagt habe, Italien werde mehr wegen seines Himmels und seiner Denkmäler, denn als politischer Faktor geschätzt. Er habe die gegenteilige Ueberzeugung. Die Teilnahme der zivilisierten Welt an den patriotischen Festlichkeiten habe eine hohe moralische und politische Bedeutung, die Guicciardini zum Teil entgangen zu sein scheine. Er stimme mit diesem darin überein, daß die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo und des gegenwärtigen Gleichgewichts im adriatischen Meere im Interesse Italiens gelegen sei. Er glaube, der beste Weg dieses Ziel zu erreichen, sei gegenseitiges Vertrauen und ein gefestigtes Bündnis zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn. Der Minister äußerte seine Befriedigung darüber, daß die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen intime und herzliche seien und daß der bestehende Gedankenaustausch über die großen Balkanfragen Italien täglich eine neue Bestätigung der Uebereinstimmung der Ansichten und Ziele der beiden Regierungen gebe. Dieses Einvernehmen in großen Fragen, sagte der Minister, gestattet es, die kleinen Zwischenfälle einem hohen gegenseitigen Interesse unterzuordnen. Der Freundschaft zwischen den beiden Regierungen entspricht immer mehr die Freundschaft zwischen den beiden Völkern, zu der die jüngsten Besuche österreichischer und ungarischer Bürger in Italien beigetragen haben. Die Sprache der österreichisch-ungarischen Regierung und der hervorragendsten Redner in der letzten Tagung der Delegationen war so warm und freundschaftlich, daß sie in unseren Gemütern einen Widerhall gleicher Gefühle finden muß.

Italien will, so fuhr der Minister fort, an der Sicherung des Friedens mitarbeiten und wird keine gefahrvollen Schritte unternehmen, wie die Besetzung eines der Vorschläge Cbiesa einer war. Der Minister wies darauf hin, wie Chiesa in Bezug auf die Anwendbarkeit des Artikels 23 des Berliner Vertrages auf die gegenwärtige Lage in Albanien im Irrtum sei, und versicherte, Italien wie die anderen Mächte hätten, ohne sich in die inneren Fragen des ottomanischen Reiches zu mischen, dessen hohes Prestige und Integrität sie zu erhalten wünschten, stets freundschaftliche Ratschläge zur Mäßigung und Klugheit gegeben. Italiens Politik habe ebenso wie die der anderen Großmächte die Integrität des ottomanischen Reiches zur Grundlage.

Giuliano fuhr fort: Wir wünschen nur die freie Entwicklung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit in jedem Teile des Reiches und Achtung vor unserer Würde, und unsere Rechte ermutigen uns, immer fester bei dieser Politik zu verharren, die heute mehr als jede andere der Gesamtheit der großen politischen und wirtschaftlichen Interessen Italiens entspricht. Ich erbeute gute Früchte von den bevorstehenden Besprechungen mit dem ottomanischen Minister des Aeußern, der uns mitgeteilt hat, daß er den türkischen Thronfolger bei seinem Besuch beim König am 2. Juli wahrscheinlich begleiten werde. Abgesehen von Tripolis und Kyrenaika haben wir im allgemeinen keinen Grund, uns über die Haltung der ottomanischen Behörden unseren Interessen gegenüber in dem größten Teile des ottomanischen Reiches zu beklagen. Es herrscht sicher in den leidenden ottomanischen Kreisen das Gefühl, daß die Ausdehnung der wirtschaftlichen Interessen Italiens in Tripolis und die Ausdehnung der Interessen der anderen Mächte in irgendeiner anderen Provinz des Reiches eine Gefahr für die territoriale Integrität des Reiches darstellen könnte. Dieses Gefühl beruht auf einem schweren Irrtum, denn gerade dadurch, daß man bei der Politik des Mißtrauens beharrt, schafft man die von den Türken befürchtete Gefahr. Aber es ist ebenso sicher, daß Reden wie diejenige von Foscari die Interessen und den Einfluß Italiens in der Türkei schädigen. Der Minister stellte sodann die gegenteiligen Behauptungen verschiedener Redner richtig und hob an Hand einer ganzen Reihe von Tatsachen hervor, daß die Interessen Italiens die anderer in Tripolis und Kyrenaika überwiegen.

Die Abgrenzung zwischen Tunis und Tripolis, so erklärte Redner weiter, geschah in Uebereinstimmung mit dem englisch-französischen Abkommen vom 31. März 1899, das im Jahre 1902 als Grundlage für die jetzt noch in Kraft befindlichen italienisch-französischen Abmachungen über Marokko und Tripolis genommen wurde. Mehr als im Handel mit den Innern, der durch andere Ursachen und hauptsächlich durch die Entwicklung der Eisenbahnen und der Stromsysteme Algeriens bedroht ist, liegt der wirtschaftliche Wert von Tripolis und der Kyrenaika in den landwirtschaftlichen und vielleicht auch in den Mineralschätzen. Man muß diesen wirtschaftlichen Wert ohne Uebertreibung einschätzen und auf dem eingeschlagenen Wege mit Ruhe und Festigkeit fortschreiten.

Der Minister erklärte es weiter für notwendig, daß das italienische Kapital mit der italienischen Politik im Orient zusammenarbeite. Obwohl das italienische Kapital sich zurückhalte, freue er sich, einige neue Vorstöße und eine allgemeine Entwicklung des italienischen Handels im Orient feststellen zu können.

Der Minister glaubt, daß das deutsch-französische Abkommen über Marokko vom 9. Februar 1909 sein italienisches Interesse verletzt, indem es den neuen den Grundsatz der wirtschaftlichen Gleichberechtigung befestigt. Er wird glücklich sein, wenn die Frage der Begrenzung der Rüstungen praktisch wird, ohne die militärische Verteidigung Italiens zu beeinträchtigen. Er schloß mit der Feststellung, daß beiden Schiedsgerichtsverträge laufen, während die Verhandlungen für neue weitere im Gange sind. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.)

Nachdem mehrere Redner dem Minister erwidert hatten, wurden die eingebrachten Tagesordnungen zurückgezogen und sämtliche Kapitel des Budgets bewilligt. Dann brachte Ministerpräsident Giolitti die Vorlage über die Wahlreform ein und bat die Kammer, die Kommissare zur Prüfung der Vorlage zu ernennen. Nachdem die Kammer diesem Vorschlage zugestimmt hatte, wurde die Sitzung aufgehoben.

Rundschau im Auslande.

Marokko.

Paris, 9. Juni. Der Minister des Aeußeren hatte heute morgen noch keine Bestätigung der Meldung des Daily Telegraph und Daily Expreß, nach welcher die französischen Truppen in Mekines eingezogen sein sollen. Doch hält man am Quai d'Orsay diese Nachricht keineswegs für unwahrscheinlich.

*

Paris, 9. Juni. Wie der Agence Havas aus Larrasch gemeldet wird, haben die Spanier dort gestern abend etwa dreihundert Mann ohne Zwischenfall gelandet. Später trat das Konsularkorps auf Einladung des spanischen Konsuls zu einer Besprechung zusammen. Der Kreuzer Carlos wird mit Truppen erwartet. Eine Abteilung spanischer Polizeimannschaften wird in der Nacht nach Elkfar abmarschieren.

*

Paris, 9. Juni. Die Agence Havas meldet aus Fez vom 5. Juni: Die Marokkaner griffen in der vergangenen Nacht das Lager an, wurden aber durch Artilleriefeuer, das ihnen große Verluste beibrachte, zurückgetrieben. Die Kolonnen Brulard, Gouraud und Dalbiez rückten in der Frühe aus dem Lager, um die Beni Mier zu sprengen. Sechs Flugzeuge griffen die Kolonnen überaus erbittert an, wurden aber unter starken Verlusten von der Artillerie auseinandergetrieben. Da die Bewohner von Bhalil ihre Unterwerfung verweigerten, beschoß Artillerie ihre Stadtmauern, und eine Kompagnie der Fremdenlegion zerstörte die Wohnungen der Häupter des Aufruhrs. Auf französischer Seite fielen fünf Mann, zwanzig wurden verwundet.

*

Paris, 9. Juni. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Fez vom 6. Juni hat ein Kurier die Nachricht überbracht, die Bewohner von Mekines öffneten weder den Berbern noch den Franzosen ihre Tore. Mulay Zin soll den Heiligen Krieg proklamiert haben. Ein anderer Kurier, der Mittags eingetroffen ist, meldete, die Franzosen seien in Ain Sefru angekommen.

*

Madrid, 9. Juni. Der Kriegsminister hat Depeschen erhalten, nach denen die Franzosen nach einem für beide Teile verlustreichen Gefecht in Mekines einmarschiert seien und Mulay Zin ihr Gefangener sein soll.

*

Madrid, 9. Juni. Wie die Blätter melden, haben spanische Polizeitruppen 30 Kilometer von Ceuta und 12 Kilometer von Tetuan entfernt zwischen den beiden Meeresbuchten, die durch das Cap Negro geschieden werden, eine neue Stellung besetzt. Es ist ein enger Felsenpaß, der schwer zu passieren ist, ein Ort, der Verbrechern als Hinterhalt diente. — Dem Heraldo wird aus Tanger berichtet, daß von den 500 Soldaten, die in Larrasch an Land gesetzt wurden, 500 nach Elkfar abgegangen sind.

Tanger, 9. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Gebbas, der Vertreter des Sultans Mulay Hafid, richtete an den spanischen Gesandten einen entschiedenen Protest gegen die Landung spanischer Truppen in Larrasch, die durch nichts veranlaßt sei und eine flagrante Verletzung der Verträge darstelle. Gebbas hatte schon gegen die Anwesenheit von Kriegsschiffen auf der Rhede von Larrasch Verwahrung eingelegt, da sie in der ruhigen Gegend Unruhen hervorrufen könne.

*

Madrid, 9. Juni. Der Ministerrat beschäftigte sich heute mit den aus Larrasch und Elkfar vorliegenden Berichten, in denen die Ermordung von drei spanischen Schutzbefohlenen durch Leute des Roghi Tazzia gemeldet wird, die die Kolonie der spanischen Schutzbefohlenen tief beunruhigt habe.

Der Ministerrat war der Ansicht, daß Untätigkeit im gegenwärtigen Augenblick als eine Vernachlässigung der ihm obliegenden Pflichten aufgefaßt würde, und beschloß, dem Kommandanten der Cataluna den Befehl zu erteilen, einen Teil der Mannschaften des Cataluna und des Admirant Lobe zu landen und ihrer Aufschiffung den Charakter einer Demonstration zu geben. Die Vertreter der Vertragsmächte von Algeciras wurden ersucht, den beteiligten Kabinetten von der Entschließung des spanischen Kabinetts Mitteilung zu machen. Indessen hatte, bevor die vom Kabinett beschlossenen Weisungen an den Konsul in Larrasch gelangten, dieser das dortige Konsularkorps zusammenberufen und ihm die Landung spanischer Truppen angekündigt, die es dem Hauptmann Osilo ermöglichen solle, sich an der Spitze eines Tabor, und eines Teils der Mannschaften nach Elkfar zu begeben, wo infolge eines